

# Burgenländischer Landtag

---

## Tagesordnung

für die 14. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag,  
dem 30. Juni 2011

1. Fragestunde;
2. Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erlassung des Gesetzes (Beilage 230), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 20 - 139) (Beilage 235);

Berichterstatterin: LAbg. Doris Prohaska

3. Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 226), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2010 genehmigt wird (Zahl 20 - 135) (Beilage 234);

Berichterstatter: LAbg. Hergovich

4. Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 227), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) zugestimmt wird (Zahl 20 - 136) (Beilage 236);

Berichterstatter: LAbg. Trummer

5. Bericht des Landeskontrollausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 217) betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009 des Landes Burgenland (Zahl 20 - 130) (Beilage 237);

Berichterstatter: LAbg. Tschürtz

6. Bericht des Landeskontrollausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 225) betreffend die Überprüfung der Landesamtsdirektion hinsichtlich ihrer (verfassungs-)rechtlichen Verpflichtungen (Zahl 20 - 134) (Beilage 238);

Berichterstatter: LAbg. Michel Reimon, MBA

7. Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 231) betreffend eine rasche und umfassende Reform des Bildungssystems (Zahl 20 - 140) (Beilage 239);

Berichterstatterin: LAbg. Doris Prohaska

8. Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Wolfgang Sodl, Mag. Werner Gradwohl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 229) betreffend Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei) (Zahl 20 - 138) (Beilage 240);

Berichterstatter: LAbg. Mag. Steiner

9. Bericht über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (E 9) und Antrag des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (Zahl 20 - 147) (Beilage 241);

Berichterstatterin: LAbg. Klaudia Friedl

10. Bericht über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (E 10) und Antrag des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (Zahl 20 - 148) (Beilage 242);

Berichterstatterin: LAbg. Klaudia Friedl

11. Bericht über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (E 11) und Antrag des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (Zahl 20 - 149) (Beilage 243);

Berichterstatterin: LAbg. Klaudia Friedl

12. Bericht über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (E 12) und Antrag des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (Zahl 20 - 150) (Beilage 244);

Berichterstatterin: LAbg. Klaudia Friedl.

Der Landtagspräsident:  
Gerhard Steier eh.

**Anfragen, die in der Fragestunde  
der 14. Sitzung des Burgenländischen Landtages  
am 30. Juni 2011  
zum Aufruf gelangen**

1) Anfrage Nr. 46

der Abgeordneten Gabriele TITZER  
an Frau Landesrätin Verena D u n s t

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Aufgrund der vielfältigen Medienlandschaft und des technischen Fortschritts werden die Menschen auch in Ihren Zuständigkeitsbereichen Konsumentenschutz und Mietrecht immer schneller und umfangreicher informiert.

Wie wichtig ist die persönliche und kostenlose Konsumentenschutz- und Mietrechtsberatung im Amt der Burgenländischen Landesregierung in der heutigen Zeit?

2) Anfrage Nr. 50

des Abgeordneten Gerhard KOVASITS  
an Herrn Landesrat Dr. Peter R e z a r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Die Öffnung des Arbeitsmarktes mit 1. Mai 2011 hat bereits im Vorfeld für heftige Debatten gesorgt.

Herr Landesrat, wie hat sich diese Öffnung bisher auf den burgenländischen Arbeitsmarkt ausgewirkt?

3) Anfrage Nr. 47

der Abgeordneten Klaudia FRIEDL  
an Herrn Landesrat Dr. Peter R e z a r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Welche Initiativen setzt das Land Burgenland im Bereich der Gesundheitsvorsorge?

4) Anfrage Nr. 51

des Abgeordneten Johann TSCHÜRTZ  
an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter  
Mag. Franz S t e i n d l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Nach den Manipulationen bei der Landtagswahl 2010 waren sich alle Parteien einig, dass es vor allem im Bereich der Briefwahl zu Reformen kommen müsse. Bis heute ist diesbezüglich nichts geschehen. Im Jahr 2012 finden die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen statt.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, welche Initiativen im Bereich des Wahlrechtes werden Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung setzen, um bei diesen Wahlen Missbrauch in Zusammenhang mit der Briefwahl zu verunmöglichen?

5) Anfrage Nr. 48

der Abgeordneten Edith SACK  
an Frau Landesrätin Verena D u n s t

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Seit dem Jahr 2001 gibt es den Familienpass im Burgenland. Der Familienpass ist eine kostenlose Vorteils- und Servicekarte, der vielen burgenländischen Familien eine Vielzahl von Vergünstigungen bietet.

Wie viele Familien profitieren seit dem nun bereits zehnjährigen Bestehen von den diversen Angeboten?

6) Anfrage Nr. 52

des Abgeordneten Gerhard KOVASITS  
an Herrn Landeshauptmann Hans N i e s s l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Laut Referatseinteilung sind Sie in der Landesregierung für koordinierende Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes zuständig.

Herr Landeshauptmann, wie ist der aktuelle Stand der Dinge in Bezug auf die mögliche Errichtung einer Giftmülldeponie auf dem Gebiet der KG Neudorf?

7) Anfrage Nr. 53

des Abgeordneten Christian SAGARTZ, BA  
an Herrn Landesrat Andreas L i e g e n f e l d

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Die Landwirtschaftlichen Fachschulen sind eine wichtige Säule im Bildungssystem des Burgenlandes.

Wie entwickeln sich die Schülerinnen- und Schülerzahlen an den drei Standorten?

8) Anfrage Nr. 56

der Abgeordneten Ingrid SALAMON  
an Herrn Landesrat Andreas L i e g e n f e l d

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie einige gravierende agrar- und umweltpolitische Problemfälle wie z.B. die Reststoffdeponie Neudorf übernommen.

Wie ist der aktuelle Stand?

9) Anfrage Nr. 54

des Abgeordneten Johann TSCHÜRTZ  
an Herrn Landeshauptmann Hans N i e s s l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Welche Kosten sind dem Land Burgenland in Zusammenhang mit Feierlichkeiten Ihres 60. Geburtstages entstanden, etwa über Ihr Repräsentationsbudget?

10) Anfrage Nr. 61

des Abgeordneten Helmut SAMPT  
an Herrn Landeshauptmann Hans N i e s s l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Wie ist der aktuelle Stand der Versorgung des Burgenlandes mit Breitband-Internet?

11) Anfrage Nr. 57

des Abgeordneten Erich TRUMMER  
an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter  
Mag. Franz S t e i n d l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Wie stehen Sie zur Möglichkeit der Ausweitung der  
Prüfkompetenz des Landes-Rechnungshofes auf  
Gemeinden?

12) Anfrage Nr. 55

des Abgeordneten Johann TSCHÜRTZ  
an Herrn Landesrat Helmut B i e l e r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Staatsanleihen welcher Länder befinden sich im  
mittelbaren oder unmittelbaren Besitz des Landes  
Burgenland?

13) Anfrage Nr. 62

des Abgeordneten Mag. Thomas STEINER  
an Herrn Landesrat Helmut B i e l e r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wann rechnen Sie mit der Fertigstellung der Umfahrung  
Schützen/Geb.?

14) Anfrage Nr. 58

der Abgeordneten Ingrid SALAMON  
an Herrn Landesrat Andreas L i e g e n f e l d

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wie sieht der Ausbaustand des Hochwasserschutzes im  
Burgenland aus?

15) Anfrage Nr. 63

des Abgeordneten Matthias WEGHOFER  
an Herrn Landeshauptmann Hans N i e s s l

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Stehen Sie einer Mitbestimmung der Bürgermeister bei  
Schulleiterbestellungen im Pflichtschulbereich positiv  
gegenüber?

16) Anfrage Nr. 59

der Abgeordneten Ingrid SALAMON  
an Frau Landesrätin Mag. Michaela R e s e t a r

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Die Gefährdung des Trinkwassers für das Nordburgenland durch Schweinemastanlagen im niederösterreichischen Lichtenwörth ist seit Jahren ein ungelöstes Dauerthema.

Wie ist der aktuelle Stand?

17) Anfrage Nr. 64

des Abgeordneten Helmut SAMPT  
an Herrn Landesrat Helmut B i e l e r

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wann rechnen Sie mit der Fertigstellung der S 7 (Fürstenfelder Schnellstrasse) bis zur Staatsgrenze bei Heiligenkreuz im Lafnitztal?

18) Anfrage Nr. 60

des Abgeordneten Josef LOOS  
an Herrn Landesrat Andreas L i e g e n f e l d

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Die gemeinsame EU-Agrarpolitik 2013 soll primär am Ziel der „globalen Wettbewerbsfähigkeit“ der Europäischen Lebensmittelindustrie ausgerichtet werden. Aus Sicht unserer kleinstrukturierten burgenländischen Landwirtschaft ist zu befürchten, dass bei der Neugestaltung der Förderkulisse erneut die Lobby der Agrarkonzerne den Ton angeben wird.

Doch die Fördersummen müssen verstärkt unseren kleinen, naturnah wirtschaftenden Betrieben zu Gute kommen. Nur so sind deren Existenzgrundlage, der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Produktion gesunder Lebensmittel im Inland langfristig abgesichert.

Wie werden Sie sich für eine nachhaltige, und faire gemeinsame Agrarpolitik 2013 für das Burgenland einsetzen?

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erlassung des Gesetzes (Beilage 230), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 20 - 139) (Beilage 235).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erlassung des Gesetzes, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordnete Doris Prohaska wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Doris Prohaska einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellten Abänderungsantrages ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erlassung des Gesetzes, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Die Berichterstatterin:  
Doris Prohaska eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Dr. Moser eh.

## Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen zum Antrag auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, Zahl 20 - 139

Der Gesetzentwurf wird wie folgt abgeändert:

*1. Die Ziffern 10 bis 12 lauten:*

*„10. In § 51 Abs. 1 wird im ersten Satz nach dem Wort ‚beginnt‘ und im vierten Satz nach dem Wort ‚beginnen‘ jeweils das Wort ‚grundsätzlich‘ eingefügt.*

*11. § 51 Abs. 3 lautet:*

*„(3) Der Landesschulrat kann durch Verordnung zwei zwischen unterrichtsfreien Tagen fallende Schultage in jedem Unterrichtsjahr schulfrei erklären. Darüber hinaus kann der Landesschulrat durch Verordnung in besonderen Fällen zwei weitere Schultage schulfrei erklären.“*

*12. § 51 Abs. 4 lautet:*

*„(4) Die Landesregierung hat nach Anhörung des Landesschulrats die Dauer der Lehrgänge zu bestimmen. Wenn die im Lehrplan vorgesehene Zahl an Unterrichtsstunden für die jeweilige Schulstufe um mehr als ein Zehntel durch Ferien, allenfalls im Zusammenhang mit anderen schulfreien Tagen, unterschritten würde, hat die Landesregierung nach Anhörung des Landesschulrats*

- a) die Einbringung der fehlenden Unterrichtsstunden, abweichend von § 48 Abs. 3 und 5, durch*
  - aa) die Vorverlegung des Beginns des Schuljahres auf den ersten Werktag im September für alle oder einzelne Lehrberufe,*
  - bb) die Erklärung des Dienstags nach Ostern sowie nach Pfingsten zu Schultagen,*
  - cc) die Verlegung der Semesterferien sowie des Endes des Unterrichtsjahres um höchstens fünf Schultage sowie*
  - dd) die Erhöhung der Zahl der Unterrichtsstunden an einzelnen Schultagen bis zur Höchstzahl der Unterrichtsstunden gemäß § 52*
- oder*
- b) die Verlängerung der Lehrgänge*

*anzuordnen.“*

*2. In der Z 13 wird in § 57 Abs. 5 die Zitierung „§ 51 Abs. 1, 2 und 5“ durch die Zitierung „§ 51 Abs. 1, 3 und 4“ ersetzt.*

*3. Im Besonderen Teil der Erläuterungen zu Ziffer 10, 11 und 12 wird in der Überschrift der Klammerausdruck „(§ 51 Abs. 1, 2 und 5)“ durch den Klammerausdruck „(§ 51 Abs. 1, 3 und 4)“ und im zweiten Satz das Wort „Schuljahres“ durch das Wort „Unterrichtsjahres“ ersetzt.*

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Gerhard Steier  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 23. Mai 2011

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer,  
Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend  
Erlassung eines Gesetzes mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz  
1995 geändert wird**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Gesetz vom ....., mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 - Bgld. PflSchG 1995, LGBl. Nr. 36, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 76/2008, wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Abs. 1 erster Satz wird nach dem Wort „darf“ die Wortfolge „,abgesehen von Abs. 6,“ eingefügt.

2. Dem § 13 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Ändert sich die Zahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler gemäß Abs. 1 bis 3 um weniger als fünf Klassenschülerinnen oder Klassenschüler nach dem 1. Oktober des jeweiligen Unterrichtsjahres, dürfen keine Klassenteilungen oder Klassenzusammenlegungen während dieses Unterrichtsjahres vorgenommen werden.“

3. In § 17 Abs. 1 wird nach dem Wort „darf“ die Wortfolge „,abgesehen von Abs. 6,“ eingefügt.

4. Dem § 17 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Ändert sich die Zahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler gemäß Abs. 1 und 2 um weniger als fünf Klassenschülerinnen oder Klassenschüler nach dem 1. Oktober des jeweiligen Unterrichtsjahres, dürfen keine Klassenteilungen oder Klassenzusammenlegungen während dieses Unterrichtsjahres vorgenommen werden.“

5. In § 21 Abs. 1 werden die Zahl „7“ durch die Zahl „6“ und die Zahlen „9“ und „13“ durch die Zahl „8“ ersetzt und der letzte Satz entfällt.

6. In § 25 Abs. 1 erster Satz wird nach dem Wort „darf“ die Wortfolge „,abgesehen von Abs. 5,“ eingefügt.

7. Dem § 25 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Ändert sich die Zahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler gemäß Abs. 1 um weniger als fünf Klassenschülerinnen oder Klassenschüler nach dem 1. Oktober des jeweiligen Unterrichtsjahres, dürfen keine Klassenteilungen oder Klassenzusammenlegungen während dieses Unterrichtsjahres vorgenommen werden.“

8. § 38 Abs. 12 lautet:

„(12) Der sprengelfremde Schulbesuch nach Abs. 11 ist unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 8 von der Bezirksverwaltungsbehörde nach Anhörung des Bezirksschulrates (Kollegium) zu untersagen, wenn

- a) in der sprengelmäßig zuständigen Schule eine Klassenzusammenlegung eintreten,
- b) in der sprengelmäßig zuständigen Schule eine gesetzlich festgelegte Mindestanzahl von Klassenschülerinnen oder Klassenschülern unterschritten oder
- c) in der um die Aufnahme ersuchten sprengelfremden Schule eine Vermehrung der Anzahl der Klassen eintreten

würde.“

9. In § 38 Abs. 13 entfällt die Wortfolge „oder in der um die Aufnahme ersuchten sprengelfremden Schule eine Klassenteilung eintreten würde“.

10. In § 51 Abs. 1 wird im ersten Satz nach dem Wort „beginnt“ und im vierten Satz nach dem Wort „beginnen“ jeweils das Wort „grundsätzlich“ eingefügt und dem Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Sofern es die Lehrgangseinteilung erfordert, kann für alle oder einzelne Lehrberufe der Beginn des Schuljahres frühestens auf den ersten Werktag im September vorverlegt werden.“

11. Dem § 51 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Weiters können der Dienstag nach Ostern sowie nach Pfingsten zu Schultagen erklärt und die Semesterferien und das Ende des Schuljahres um höchstens fünf Schultage verlegt werden.“

12. In § 51 Abs. 5 zweiter Satz wird die Wortfolge „Verringerung der in Abs. 6 und in § 48 Abs. 3 und 5 vorgesehenen schulfreien Tage - mit Ausnahme der in § 48 Abs. 5 lit. a genannten Tage, des 24. und 31. Dezembers und der letzten drei Tage der Karwoche -, durch die Wortfolge „die in Abs. 1, 2 und 6 angeführten Maßnahmen“ ersetzt.

*13. Dem § 57 wird folgender Abs. 5 angefügt:*

„(5) Die Änderungen des § 13 Abs. 1, § 13 Abs. 6, § 17 Abs. 1, § 17 Abs. 6, § 21 Abs. 1, § 25 Abs. 1, § 25 Abs. 5 § 38 Abs. 12 und 13, § 51 Abs. 1, 2 und 5 in der Fassung der Novelle LGBI. Nr. xx/2011 treten mit 1. September 2011 in Kraft.“

## **Vorblatt**

### **Problem:**

Adaptierungsbedarf einiger Bestimmungen des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes 1995, welche sich in der Praxis ergeben haben

### **Lösung:**

Novellierung des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes 1995

### **Alternativen:**

Beibehaltung des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes 1995 in der geltenden Fassung

### **Kosten:**

Dem Land Burgenland entstehen durch diese Gesetzesnovelle keine nennenswerten Mehrkosten

### **EU-Konformität:**

Gemeinschaftsrechtliche Berührungspunkte liegen nicht vor.

## **Erläuternde Bemerkungen**

### **A. Allgemeiner Teil**

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält insbesondere folgende Zielsetzungen:

1. Verankerung der verpflichtenden Untersagung beim sprengelfremden Schulbesuch, wenn es dadurch zu einer Klassenvermehrung in der Zielschule kommt
2. Änderung der Klassenschülerhöchstzahl in Sonderschulen
3. Regelung der Ferien und der Unterrichtsfreigabe von Zwickeltagen in Berufsschulen
4. Kommt es zu Änderungen der Höchstzahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler in Volks- und Hauptschulen sowie in Polytechnischen Schulen nach dem 1. Oktober des jeweiligen Unterrichtsjahres, so dürfen während des Unterrichtsjahres keine Klassenteilungen oder Klassenzusammenlegungen vorgenommen werden

### **Besonderer Teil**

#### **Zu Z 1, 2, 3, 4, 6 und 7 (§ 13 Abs.1, § 13 Abs. 6, § 17 Abs. 1, § 17 Abs. 6, § 25 Abs. Abs. 1, § 25 Abs. 5):**

Die Höchstzahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler wird an einen Stichtag gekoppelt (1. Oktober), um eine Vorgangsweise vorzufinden, wenn sich die Klassenschülerzahl innerhalb des Schuljahres um weniger als fünf Klassenschülerinnen oder Klassenschüler ändert.

#### **Zu Z 5 (§ 21 Abs. 1):**

Die Höchstzahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler in Sonderschulen wird in Klassen für blinde Kinder, Gehörlose und für schwerstbehinderte Kinder 6 betragen (bisher 7). Bei den anderen Sonderschulklassen beträgt die Höchstzahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler 8. Die Regelung, dass sich bei Klassen mit mehreren Schulstufen die Höchstzahl der Klassenschülerinnen oder Klassenschüler um die Anzahl der in der Klasse zusammengefassten Schulstufen verringert, entfällt.

#### **Zu Z 8 und 9 (§ 38 Abs. 12 und 13):**

Vor dieser Novelle konnte gemäß § 38 Abs. 13 des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes 1995 der sprengelfremde Schulbesuch ua von der Bezirksverwaltungsbehörde nach Anhörung des Bezirksschulrates untersagt werden, wenn es in der sprengelfremden Schule zu einer Klassenteilung kommt. Nunmehr wird der Untersagungsgrund der „Klassenvermehrung“ in der Zielschule verpflichtend ins Gesetz geschrieben, da die Gefahr besteht, dass sprengelfremde Kinder aufgenommen werden, um eine Klassenteilung und somit eine Klassenvermehrung in der betreffenden Schule zu erwirken.

#### **Zu Z 10, 11 und 12 (§ 51 Abs. 1, 2 und 5):**

Diese Änderungen erfolgen zur flexibleren Handhabung der Ferien und der Freigabe von Zwickeltagen aus praktischen Gründen. Die Festlegung der Möglichkeit die Dienstage nach Ostern und nach Pfingsten zu Schultagen zu erklären sowie der Verlegung der Semesterferien und des Endes des Schuljahres sollten zum Zeitpunkt der Lehrgangseinteilung geschehen.

### **Bericht**

des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 226), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2010 genehmigt wird (Zahl 20 - 135) (Beilage 234).

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2010 genehmigt wird, in seiner 4. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Gemäß § 41 Abs. 2 GeOLT wurde beschlossen, Frau OAR Alice Gaber und Herrn OAR Klaus Csenar, beide Abteilung 3, mit beratender Stimme der Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses beizuziehen.

Landtagsabgeordneter Hergovich wurde zum Berichtersteller gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Hergovich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstellers ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2010 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenland für das Jahr 2010 sowie die im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Der Berichtersteller:  
Hergovich eh.

Der Obmann:  
Dr. Moser eh.

des Burgenländischen Landtages vom ..... mit dem der Landesrechnungsabschluss 2010 genehmigt wird.

Der Landtag hat beschlossen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2010 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenland für das Jahr 2010 sowie die im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

### **Bericht**

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 227), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) zugestimmt wird (Zahl 20 - 136) (Beilage 236).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) zugestimmt wird, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordneter Trummer wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Trummer den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Der Berichterstatter:

Trummer eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Dr. Moser eh.

**Beschluss**

des Burgenländischen Landtages vom ....., mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) zugestimmt wird

Der Landtag hat beschlossen:

Der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

### **Bericht**

des Landeskrollausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 217) betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009 des Landes Burgenland (Zahl 20 - 130) (Beilage 237).

Der Landeskrollausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009 des Landes Burgenland in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahm Landes-Rechnungshofdirektor Dipl.Ing. Franz Katzmann an den Beratungen teil.

Landtagsabgeordneter Tschürtz wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Tschürtz den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Dipl.Ing. Katzmann gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Die vom Obmann, Landtagsabgeordneten Tschürtz, gestellten Fragen wurden vom Landes-Rechnungshofdirektor Dipl.Ing. Katzmann und vom Landtagsdirektor w.HR Dr. Rauchbauer beantwortet.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Landeskrollausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009 des Landes Burgenland zur Kenntnis nehmen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Der Obmann:  
Tschürtz eh.

### **Bericht**

des Landeskrollausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 225) betreffend die Überprüfung der Landesamtsdirektion hinsichtlich ihrer (verfassungs-)rechtlichen Verpflichtungen (Zahl 20 - 134) (Beilage 238).

Der Landeskrollausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Landesamtsdirektion hinsichtlich ihrer (verfassungs-)rechtlichen Verpflichtungen in seiner 5. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahm Landes-Rechnungshofdirektor Dipl.Ing. Franz Katzmann an den Beratungen teil.

Landtagsabgeordneter Reimon, MBA wurde zum Berichtersteller gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Reimon, MBA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Dipl.Ing. Katzmann gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Die vom Obmann, Landtagsabgeordneten Tschürtz, gestellte Frage wurde vom Landes-Rechnungshofdirektor Dipl.Ing. Katzmann beantwortet.

Es erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Hergovich und Tschürtz.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstellers einstimmig angenommen.

Der Landeskrollausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Landesamtsdirektion hinsichtlich ihrer (verfassungs-)rechtlichen Verpflichtungen zur Kenntnis nehmen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Der Berichtersteller:  
Reimon, MBA eh.

Der Obmann:  
Tschürtz eh.

### **Bericht**

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 231) betreffend eine rasche und umfassende Reform des Bildungssystems (Zahl 20 - 140) (Beilage 239).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine rasche und umfassende Reform des Bildungssystems in seiner 9. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordnete Doris Prohaska wurde zur Berichterstatterin gewöhlt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Doris Prohaska den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Antrag ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine rasche und umfassende Reform des Bildungssystems die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Die Berichterstatterin:  
Doris Prohaska eh.

Der Obmann:  
Dr. Moser eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Gerhard Steier  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

*Eisenstadt am 23. Mai 2011*

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Doris Prohaska,  
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine  
rasche und umfassende Reform des Bildungssystems**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom \_\_\_\_\_ betreffend eine rasche und umfassende Reform des Bildungssystems**

Das Bildungssystem unseres Landes ist entscheidend für die Zukunft, denn vor allem unsere Jugend sichert langfristig den Wohlstand Österreichs. Offenkundige Defizite sowie Blockaden und in Folge weitgehender Stillstand bei Reformvorhaben sorgen quer durch alle Gesellschaftsschichten bis hin zu den Sozialpartnern für die berechnigte Forderung nach raschen und entschlossenen Reformen.

Eine vielfältige, moderne, durchlässige und geschlechtergerechte Neugestaltung des Bildungssektors, in dem unsere Kinder und Jugendlichen entsprechend den eigenen Kenntnissen, Fähigkeiten und Neigungen ausgebildet und gefördert werden, ist essentiell für den Erhalt der hohen Lebensqualität und des hohen Lebensstandards, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, größtmöglicher Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit sowie der Lösung von Integrationsfragen.

Auch der Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Wirtschafts- und Innovationsstandortes Österreich sind mit der Zukunft des Bildungssystems untrennbar verknüpft. Allen jungen Menschen sind daher beste Qualifikationschancen in einem modernen, fairen, effizienten und weltoffenen Bildungssystem zu garantieren.

Die Maßnahmen zur Umgestaltung des Bildungssystems müssen entschlossen in allen Bereichen ansetzen, um dem hohen Reformbedarf gerecht zu werden. So sind moderne, unbürokratische und autonome Schulen ohne Parteieneinfluss und unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen zu garantieren.

Einheitliche Qualitätsstandards und ein leistungsdifferenziertes, hochwertiges gemeinsames Schulmodell bis zum Ende der Schulpflicht können durch rasche Umsetzung des Erfolgsmodells der vierjährigen Neuen Mittelschule für alle zehnbis vierzehnjährigen erreicht werden. Ebenso bedarf es der Abschaffung des „Sitzenbleibens“ durch die Einführung von modularem Unterricht, Kurssystemen und gegebenenfalls der Wiederholung einzelner Module statt einer ganzen Klasse. Korrespondierend zu diesen Maßnahmen bedarf es einer Aufwertung des LehrerInnenberufs.

Bereits im Kindergarten ist die optimale und altersgemäÙe pädagogische Förderung durch ein flächendeckendes Angebot an kostenlosen Einrichtungen sicher zu stellen. Letzendlich sind auch die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für kostenlos zugängliche Universitäten, der Ausbau der Erwachsenenbildung sowie eine Attraktivierung und Modernisierung der Lehrberufe nötig, um eine konsequente und durchgängige Reform des gesamten Bildungssektors zu ermöglichen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, rasch eine umfassende, faire, effiziente und weltoffene Reform des Bildungssystems im Sinne der Antragsbegründung auszuarbeiten und durch deren Umsetzung allen jungen Menschen die besten Qualifikationschancen zu garantieren.

### **Bericht**

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Wolfgang Sodl, Mag. Werner Gradwohl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 229) betreffend Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei) (Zahl 20 - 138) (Beilage 240).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Wolfgang Sodl, Mag. Werner Gradwohl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei) in ihrer 6. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Steiner wurde zum Berichterstatter gewöhlt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Steiner den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Berichterstatter gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Wolfgang Sodl, Mag. Werner Gradwohl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Der Berichterstatter:

Mag. Steiner eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:

Dr. Moser eh.

Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Gerhard Steier  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

**20 - 138**

Eisenstadt am 23. Mai 2011

## **Selbständiger Antrag**

der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Wolfgang Södl, Mag. Werner Gradwohl,

Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei)

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei).**

Der Burgenländische Landtag hat sich bereits mehrmals für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe – eines jeweils in Slowenien und in Ungarn, vier Reaktoren in der Slowakei - stellen für das Burgenland ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar.

Erst im Vorjahr wurde Österreich von slowakischer Seite versichert, dass der slowakische Staat nicht mehr in Jaslovske Bohunice investieren wolle. Umso unverständlicher sind die kürzlich veröffentlichten Pläne der Slowakei, dort ein AKW bis zum Jahr 2020 auszubauen zu wollen. Derzeit wird an einer Machbarkeitsstudie gearbeitet, die definitive Entscheidung soll dem Vernehmen nach in den nächsten Monaten fallen.

Angesichts der Tragödie von Fukushima ist es unverantwortlich, überhaupt noch an einen Neubau von Reaktoren zu denken. Die Verhinderung des Ausbaus von Kernkraftwerken bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung erfordert einen Schulterschluss aller politischen Kräfte Österreichs bzw. auch einen europaweiten Schulterschluss.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, mit der Forderung heranzutreten, sich auf europäischer Ebene für folgende Ziele vehement einzusetzen:

- für einen europaweiten Ausbaustopp von Atomkraftwerken, im Besonderen im Fall des geplanten Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei),
- für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft,
- für die Forcierung nachhaltiger Formen der Energiegewinnung als Ausstiegsweg aus der atomaren Energiegewinnung.

### **Bericht**

über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (E 9) und

### **Antrag**

des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (Zahl 20 - 147) (Beilage 241).

Der Petitionsausschuss hat die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (E 9) in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl einen EntschlieÙungsantrag zur vorliegenden Petition.

Der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl eingebrachte EntschlieÙungsantrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt daher der Petitionsausschuss den Antrag, der Landtag wolle dem angeschlossenen Antrag auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Die Berichterstatterin:  
Klaudia Friedl eh.

Der Obmann:  
Trummer eh.

## **Selbständiger Antrag**

**des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (E 9)**

### **EntschlieÙung**

**des Burgenländischen Landtages vom ..... zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland**

Der Burgenländische Jugend-Landtag kann zu Recht als sehr erfolgreiche demokratiepolitische Institution im Burgenländischen Landtag bezeichnet werden, der eine neue Dimension der Jugendmitbestimmung unter dem Motto „Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten“ eröffnet hat.

Grundsätzlich ist zur eingebrachten Petition anzumerken, dass sich der Burgenländische Landtag bereits mit vielen Aspekten der angesprochenen Themenkreise auseinandergesetzt und dazu – erfreulicherweise in sehr hoher Übereinstimmung mit den Auffassungen des Jugend-Landtages – positioniert hat. Der Burgenländische Landtag unterstützt diese demokratisch gefassten Forderungen der burgenländischen Jugend mit folgendem Inhalt:

*„Die Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen im Burgenland zu verbessern ist uns ein großes Anliegen. Bildung ist Zukunft und im Bereich der Bildung darf nicht gespart werden. Bildungsmöglichkeiten sichern die persönliche und die gesellschaftliche Zukunft. Bildung muss frei, offen und ohne soziale Selektion sein.*

### **Politische Bildung**

*Die verpflichtende Einführung von politischer Bildung als eigenes Unterrichtsfach in allen Schultypen ist uns ein großes Anliegen. Dabei sollte nicht nur auf den theoretischen Teil Bezug genommen werden sondern auch der Praxisbezug gegeben sein. Demokratieverständnis zu erlernen ist schon in frühen Schuljahren besonders wichtig. Praxisbezogene Beispiele könnten ein SchülerInnenparlament und Wahlen zum/zur KlassensprecherIn schon in der Volksschule sein.*

### **Ethik und Sexualkundeunterricht**

*Um SchülerInnen moralische Werte zu vermitteln ist ein Ethikunterricht verpflichtend notwendig. Bei diesem Ethikunterricht sollten alle moralischen und gesellschaftlichen Grundwerte von unabhängigen Lehrkörpern behandelt werden, die thematisch nahe liegen.*

*Viele junge Menschen sind schein aufgeklärt. Aus Erfahrungen wissen wir, dass Fragen wie „Schützt die Pille vor AIDS“ nicht selten sind. Gut ausgebildete PädagogInnen sollen in einem eigenen Sexualkundeunterricht, in dem Fragen beantwortet werden die im „einfachen“ Biologieunterricht nicht behandelt werden, unterrichten.*

### **Pflichtpraktikum: endlich faire Bezahlung.**

*Pflichtpraktiken sind in vielen Schultypen vom Lehrplan her vorgeschrieben und bedeuten oftmals die Ausbeutung junger Menschen. Dabei hat der Pflichtpraktikant/die Pflichtpraktikantin arbeitsrechtlich keinen Anspruch auf Entgelt, Urlaub, Krankengeld, usw., weil er/sie, wenn es nicht im Kollektivvertrag geregelt ist, kein/e echte/r ArbeitnehmerIn ist. Es muss daher eine gesetzlich geregelte Definition geben, wo Mindeststandards festgelegt sind. Wir fordern daher die Einführung eines Praktikumsgesetzes für alle Pflichtpraktika.*

### **Gemeinsame Schule**

*„Schwächere fördern, bessere fordern“ muss die Devise der „Bildung neu“ sein. In der Gemeinsamen Schule steht der Schüler/die Schülerin im Mittelpunkt des Unterrichts. Dabei muß auf jede junge Person individuell eingegangen werden. Es geht um Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit unabhängig von sozialer Herkunft. Zu den Rahmenbedingungen zählt auch die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen, die ständig im Umgang mit den SchülerInnen stehen. Außerdem müssen PädagogInnen die Möglichkeit haben sich kostenlos weiterzubilden. Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der Gemeinsamen Schule.*

### **Berufsorientierung durch mehr Praxisbezug**

*Leider ist es im derzeitigen System nur schwer möglich in Erfahrung zu bringen für welchen Beruf sich der/die SchülerIn nach der Schule entscheiden soll. Betriebsbesichtigungen, Lehrgänge mit professionellen TrainerInnen und individuelle Beratung könnten Eckpfeiler für Berufsberatung sein. SchülerInnen sollten die*

*Möglichkeit haben in verschiedene Berufe „hineinzuschnuppern“ um eine Vielfalt an Berufen kennen zu lernen. Die Schulen sollten die SchülerInnen in der Berufsauswahl mit praktischer Unterstützung fördern. Verpflichtende, sinnvolle Exkursionen in Betriebe, die gut vorbereitet werden sollten, wären ein Ansatz, der dabei helfen könnte.*

### **Landesweiter Schulgemeinschaftsausschuss (SGA)**

*Im Burgenland gibt es VertreterInnen von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern. Diese agieren momentan jedoch leider aneinander vorbei. Unsere Forderung ist es, daß sich je 4, also insgesamt 12 VertreterInnen 2 Mal pro Semester treffen um aktuelle und wichtige Themen zu behandeln. Das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht sollte dabei unbedingt gegeben sein. Diese Treffen sollen auch gesetzlich verankert sein.*

### **SchülerInnenparlament**

*Jede höhere Schule im Burgenland hat eine/n Schulsprecher mit jeweils 2 StellvertreterInnen. Um diese zu vernetzen und sich gemeinsam mit Ideen auszutauschen fordern wir ein SchülerInnenparlament, welches einmal pro Semester verpflichtend in Eisenstadt zusammenkommen sollte, um den Willen der SchülerInnen herauszufinden. In diesem Parlament sollten Anträge die auch den Bereich „Schule“ betreffen ausgearbeitet und behandelt werden.*

### **Studiengebühren**

*In den im Burgenland ansässigen Fachhochschulen gab es bisher noch keine Studiengebühren. Das soll auch so bleiben. Wir sagen nein zu Studiengebühren und wollen, dass die Fachhochschulen im Burgenland Studiengebührenfrei bleiben.“*

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Petitionsforderungen und -begründungen des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (E 9) im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung einzuleiten, soweit diese im eigenen Wirkungsbereich des Landes gelegen sind.

Darüber hinaus gehende Forderungen der Petitionen sind an die jeweils zuständigen Stellen und Institutionen weiterzuleiten.

In weiterer Folge ist ein entsprechend zusammenfassender Bericht von der Landesregierung dem Präsidenten des Burgenländischen Landtages zu übermitteln, der die Information der Jugend-Abgeordneten zu gewährleisten hat.

Ebenso ist die gegenständliche EntschlieÙung nach Beschlussfassung im Landtag samt Abstimmungsergebnis allen Jugend-Abgeordneten zu übermitteln.

## Petition

### **des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland**

Die Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen im Burgenland zu verbessern ist uns ein großes Anliegen. Bildung ist Zukunft und im Bereich der Bildung darf nicht gespart werden. Bildungsmöglichkeiten sichern die persönliche und die gesellschaftliche Zukunft. Bildung muss frei, offen und ohne soziale Selektion sein.

#### **Politische Bildung**

Die verpflichtende Einführung von politischer Bildung als eigenes Unterrichtsfach in allen Schultypen ist uns ein großes Anliegen. Dabei sollte nicht nur auf den theoretischen Teil Bezug genommen werden sondern auch der Praxisbezug gegeben sein. Demokratieverständnis zu erlernen ist schon in frühen Schuljahren besonders wichtig. Praxisbezogene Beispiele könnten ein SchülerInnenparlament und Wahlen zum/zur KlassensprecherIn schon in der Volksschule sein.

#### **Ethik und Sexualkundeunterricht**

Um SchülerInnen moralische Werte zu vermitteln ist ein Ethikunterricht verpflichtend notwendig. Bei diesem Ethikunterricht sollten alle moralischen und gesellschaftlichen Grundwerte von unabhängigen Lehrkörpern behandelt werden, die thematisch nahe liegen.

Viele junge Menschen sind schein aufgeklärt. Aus Erfahrungen wissen wir, dass Fragen wie „Schützt die Pille vor AIDS“ nicht selten sind. Gut ausgebildete PädagogInnen sollen in einem eigenen Sexualkundeunterricht, in dem Fragen beantwortet werden die im „einfachen“ Biologieunterricht nicht behandelt werden, unterrichten.

### **Pflichtpraktikum: endlich faire Bezahlung.**

Pflichtpraktiken sind in vielen Schultypen vom Lehrplan her vorgeschrieben und bedeuten oftmals die Ausbeutung junger Menschen. Dabei hat der Pflichtpraktikant/die Pflichtpraktikantin arbeitsrechtlich keinen Anspruch auf Entgelt, Urlaub, Krankengeld, usw., weil er/sie, wenn es nicht im Kollektivvertrag geregelt ist, kein/e echte/r ArbeitnehmerIn ist. Es muss daher eine gesetzlich geregelte Definition geben, wo Mindeststandards festgelegt sind. Wir fordern daher die Einführung eines Praktikumsgesetzes für alle Pflichtpraktika.

### **Gemeinsame Schule**

„Schwächere fördern, bessere fordern“ muss die Devise der „Bildung neu“ sein. In der Gemeinsamen Schule steht der Schüler/die Schülerin im Mittelpunkt des Unterrichts. Dabei muß auf jede junge Person individuell eingegangen werden. Es geht um Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit unabhängig von sozialer Herkunft. Zu den Rahmenbedingungen zählt auch die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen, die ständig im Umgang mit den SchülerInnen stehen. Außerdem müssen PädagogInnen die Möglichkeit haben sich kostenlos weiterzubilden. Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der Gemeinsamen Schule.

### **Berufsorientierung durch mehr Praxisbezug**

Leider ist es im derzeitigen System nur schwer möglich in Erfahrung zu bringen für welchen Beruf sich der/die SchülerIn nach der Schule entscheiden soll. Betriebsbesichtigungen, Lehrgänge mit professionellen TrainerInnen und individuelle Beratung könnten Eckpfeiler für Berufsberatung sein. SchülerInnen sollten die Möglichkeit haben in verschiedene Berufe „hineinzuschnuppern“ um eine Vielfalt an Berufen kennen zu lernen. Die Schulen sollten die SchülerInnen in der Berufsauswahl mit praktischer Unterstützung fördern. Verpflichtende, sinnvolle Exkursionen in Betriebe, die gut vorbereitet werden sollten, wären ein Ansatz, der dabei helfen könnte.

## **Landesweiter Schulgemeinschaftsausschuss (SGA)**

Im Burgenland gibt es VertreterInnen von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern. Diese agieren momentan jedoch leider aneinander vorbei. Unsere Forderung ist es, daß sich je 4, also insgesamt 12 VertreterInnen 2 Mal pro Semester treffen um aktuelle und wichtige Themen zu behandeln. Das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht sollte dabei unbedingt gegeben sein. Diese Treffen sollen auch gesetzlich verankert sein.

## **SchülerInnenparlament**

Jede höhere Schule im Burgenland hat eine/n Schulsprecher mit jeweils 2 StellvertreterInnen. Um diese zu vernetzen und sich gemeinsam mit Ideen auszutauschen fordern wir ein SchülerInnenparlament, welches einmal pro Semester verpflichtend in Eisenstadt zusammenkommen sollte, um den Willen der SchülerInnen herauszufinden. In diesem Parlament sollten Anträge die auch den Bereich „Schule“ betreffen ausgearbeitet und behandelt werden.

## **Studiengebühren**

In den im Burgenland ansässigen Fachhochschulen gab es bisher noch keine Studiengebühren. Das soll auch so bleiben. Wir sagen nein zu Studiengebühren und wollen, dass die Fachhochschulen im Burgenland Studiengebührenfrei bleiben.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

### **Bericht**

über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (E 10) und

### **Antrag**

des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (Zahl 20 - 148) (Beilage 242).

Der Petitionsausschuss hat die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (E 10) in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl wurde zur Berichterstatterin gewöhlt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl einen EntschlieÙungsantrag zur vorliegenden Petition.

Der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl eingebrachte EntschlieÙungsantrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt daher der Petitionsausschuss den Antrag, der Landtag wolle dem angeschlossenen Antrag auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Die Berichterstatterin:  
Klaudia Friedl eh.

Der Obmann:  
Trummer eh.

## **Selbständiger Antrag**

**des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (E 10)**

### **EntschlieÙung**

**des Burgenländischen Landtages vom ..... zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland**

Der Burgenländische Jugend-Landtag kann zu Recht als sehr erfolgreiche demokratiepolitische Institution im Burgenländischen Landtag bezeichnet werden, der eine neue Dimension der Jugendmitbestimmung unter dem Motto „Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten“ eröffnet hat.

Grundsätzlich ist zur eingebrachten Petition anzumerken, dass sich der Burgenländische Landtag bereits mit vielen Aspekten der angesprochenen Themenkreise auseinandergesetzt und dazu – erfreulicherweise in sehr hoher Übereinstimmung mit den Auffassungen des Jugend-Landtages – positioniert hat. Der Burgenländische Landtag unterstützt diese demokratisch gefassten Forderungen der burgenländischen Jugend mit folgendem Inhalt:

*„Für alle Burgenländer und Burgenländerinnen wird es immer wichtiger mobil zu sein. Besonders junge Menschen im Burgenland sind auf leistbare Verkehrsmittel angewiesen.*

### **Transparente Führerscheinkosten**

*Als junger Mensch ist man heutzutage vor allem im Burgenland auf den Erwerb eines Führerscheines angewiesen. Nach eingehender Recherche steht fest, dass ein Vergleich der Kosten für den Führerschein in der momentanen Situation nicht möglich ist. Hat man sich erstmals durch den Fahrschuldchungel gekämpft, werden Preisunterschiede von bis zu 300 Euro sichtbar. Diese Preisunterschiede sind nicht nur überregional sondern auch regional spürbar.*

*Um allen Menschen einen leistbaren Zugang zum Führerschein zu bieten, fordern wir eine einheitlich verpflichtende Offenlegung aller entstehenden Kosten für gesetzlich vorgeschriebenen Grundvoraussetzungen bis zu zusätzlich anfallenden Gebühren für Prüfungen, weitere Fahrstunden und Fahrsicherheitstrainings.*

*Weiters fordern wir die Schaffung einer Datenbank, die das Vergleichen von Führerscheinkosten ermöglicht und somit die nötige Transparenz für die Kunden und Kundinnen schafft.*

*Deswegen fordern wir den burgenländischen Landtag auf, alle zur Umsetzung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und die rasche Umsetzung der Datenbank zu forcieren.*

### **Kostenfreies Semesterticket**

*Burgenländische Studentinnen und Studenten sind im Laufe ihres Studiums mit hohen Kosten konfrontiert. Zur Unterstützung dieser Studentinnen und Studenten wird in vielen Gemeinden des Burgenlandes 50 % des Semesterticketpreises von der Gemeinde übernommen. Die restlichen 50% des Preises trägt das Land Burgenland.*

*Wir fordern den burgenländischen Landtag auf, intensive Gespräche mit allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter zu führen, um die flächendeckende Refundierung des Semestertickets zu gewährleisten. Des Weiteren halten wir alle Gemeinden an, sich an der Initiative „Zuschuss zum Semesterticket“ zu beteiligen.*

### **Lehrlings- und Schülerfreifahrt**

*Um, wie bereits im Jugendlandtag 2008 gefordert, eine Gleichstellung zwischen Schülern und Lehrlingen zu ermöglichen, halten wir auch weiterhin daran fest, dass Gelder aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Hin- und Heimfahrt des Lehrlings bereit gestellt werden um somit eine hundertprozentige Entschädigung des Fahrtenaufwandes zu leisten. Auch die Fahrt in die Berufsschule bzw. ins Internat mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für viele Lehrlinge überaus teuer.*

*Wir fordern daher, die Wiedereinführung der generellen Lehrlingsfreifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln.*

### **Flächendeckender Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im Burgenland**

*Im Sinne der Lebensqualität, des Umweltschutzes und aufgrund der steigenden Spritpreise wird es immer wichtiger auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen zu können. Leider ist das Verkehrsnetz in vielen Gemeinden des Burgenlandes unzureichend ausgebaut.*

*Deshalb fordern wir, die Weiterführung des Ausbaus und der Optimierung des öffentlichen Verkehrsnetzes im Burgenland!*

*Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes in den peripheren Regionen und Förderung bestehender und geplanter Regionalkonzepte mittels Landessubventionen sind unbedingt notwendig. In Folge sollen vorbildliche Projekte wie der Discobus und das Jugendtaxi weiterhin gefördert und ausgebaut werden.“*

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Petitionsforderungen und -begründungen des Jugend-Landtages vom 12. Mail 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (E 10) im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung einzuleiten, soweit diese im eigenen Wirkungsbereich des Landes gelegen sind.

Darüber hinaus gehende Forderungen der Petitionen sind an die jeweils zuständigen Stellen und Institutionen weiterzuleiten.

In weiterer Folge ist ein entsprechend zusammenfassender Bericht von der Landesregierung dem Präsidenten des Burgenländischen Landtages zu übermitteln, der die Information der Jugend-Abgeordneten zu gewährleisten hat.

Ebenso ist die gegenständliche EntschlieÙung nach Beschlussfassung im Landtag samt Abstimmungsergebnis allen Jugend-Abgeordneten zu übermitteln.

## Petition

### **des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland**

Für alle Burgenländer und Burgenländerinnen wird es immer wichtiger mobil zu sein. Besonders junge Menschen im Burgenland sind auf leistbare Verkehrsmittel angewiesen.

#### **Transparente Führerscheinkosten**

Als junger Mensch ist man heutzutage vor allem im Burgenland auf den Erwerb eines Führerscheines angewiesen. Nach eingehender Recherche steht fest, dass ein Vergleich der Kosten für den Führerschein in der momentanen Situation nicht möglich ist. Hat man sich erstmals durch den Fahrschuldschungel gekämpft, werden Preisunterschiede von bis zu 300 Euro sichtbar. Diese Preisunterschiede sind nicht nur überregional sondern auch regional spürbar.

Um allen Menschen einen leistbaren Zugang zum Führerschein zu bieten, fordern wir eine einheitlich verpflichtende Offenlegung aller entstehenden Kosten für gesetzlich vorgeschriebenen Grundvoraussetzungen bis zu zusätzlich anfallenden Gebühren für Prüfungen, weitere Fahrstunden und Fahrsicherheitstrainings.

Weiters fordern wir die Schaffung einer Datenbank, die das Vergleichen von Führerscheinkosten ermöglicht und somit die nötige Transparenz für die Kunden und Kundinnen schafft.

Deswegen fordern wir den burgenländischen Landtag auf, alle zur Umsetzung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und die rasche Umsetzung der Datenbank zu forcieren.

### **Kostenfreies Semesterticket**

Burgenländische Studentinnen und Studenten sind im Laufe ihres Studiums mit hohen Kosten konfrontiert. Zur Unterstützung dieser Studentinnen und Studenten wird in vielen Gemeinden des Burgenlandes 50 % des Semesterticketpreises von der Gemeinde übernommen. Die restlichen 50% des Preises trägt das Land Burgenland.

Wir fordern den burgenländischen Landtag auf, intensive Gespräche mit allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter zu führen, um die flächendeckende Refundierung des Semestertickets zu gewährleisten. Des Weiteren halten wir alle Gemeinden an, sich an der Initiative „Zuschuss zum Semesterticket“ zu beteiligen.

### **Lehrlings- und Schülerfreifahrt**

Um, wie bereits im Jugendlandtag 2008 gefordert, eine Gleichstellung zwischen Schülern und Lehrlingen zu ermöglichen, halten wir auch weiterhin daran fest, dass Gelder aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Hin- und Heimfahrt des Lehrlings bereit gestellt werden um somit eine hundertprozentige Entschädigung des Fahrtenaufwandes zu leisten. Auch die Fahrt in die Berufsschule bzw. ins Internat mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für viele Lehrlinge überaus teuer.

Wir fordern daher, die Wiedereinführung der generellen Lehrlingsfreifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

### **Flächendeckender Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im Burgenland**

Im Sinne der Lebensqualität, des Umweltschutzes und aufgrund der steigenden Spritpreise wird es immer wichtiger auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen zu können. Leider ist das Verkehrsnetz in vielen Gemeinden des Burgenlandes unzureichend ausgebaut.

Deshalb fordern wir, die Weiterführung des Ausbaus und der Optimierung des öffentlichen Verkehrsnetzes im Burgenland!

Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes in den peripheren Regionen und Förderung bestehender und geplanter Regionalkonzepte mittels Landessubventionen sind unbedingt notwendig. In Folge sollen vorbildliche Projekte wie der Discobus und das Jugendtaxi weiterhin gefördert und ausgebaut werden.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

### **Bericht**

über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (E 11) und

### **Antrag**

des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (Zahl 20 - 149) (Beilage 243).

Der Petitionsausschuss hat die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (E 11) in seiner 7. Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl wurde zur Berichterstatterin gewöhlt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl einen EntschlieÙungsantrag zur vorliegenden Petition.

Der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl eingebrachte EntschlieÙungsantrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt daher der Petitionsausschuss den Antrag, der Landtag wolle dem angeschlossenen Antrag auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Die Berichterstatterin:  
Klaudia Friedl eh.

Der Obmann:  
Trummer eh.

## **Selbständiger Antrag**

**des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (E 11)**

### **EntschlieÙung**

**des Burgenländischen Landtages vom ..... zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher**

Der Burgenländische Jugend-Landtag kann zu Recht als sehr erfolgreiche demokratiepolitische Institution im Burgenländischen Landtag bezeichnet werden, der eine neue Dimension der Jugendmitbestimmung unter dem Motto „Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten“ eröffnet hat.

Grundsätzlich ist zur eingebrachten Petition anzumerken, dass sich der Burgenländische Landtag bereits mit vielen Aspekten der angesprochenen Themenkreise auseinandergesetzt und dazu – erfreulicherweise in sehr hoher Übereinstimmung mit den Auffassungen des Jugend-Landtages – positioniert hat. Der Burgenländische Landtag unterstützt diese demokratisch gefassten Forderungen der burgenländischen Jugend mit folgendem Inhalt:

*„Uns Jugendabgeordneten ist es ein Anliegen die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer in unserer Region zu halten, ihnen eine Perspektive für die Zukunft zu geben und sich somit für ein Leben im Burgenland zu entscheiden. Ein wichtiger Faktor für Zukunftsentscheidungen ist das Thema „Ausbildung und Arbeit“.*

*Da burgenländische Jugendliche vor allem im Rahmen ihrer Ausbildung und beim Berufseinstieg mit Belastungen und Herausforderungen konfrontiert werden, fordern wir Verbesserungen in den nachfolgenden Punkten:*

**Im Bereich der Lehrlinge:**

- *Viele Jugendliche sind im Rahmen ihrer Ausbildung durch die Entfernung zur Berufsschule dazu gezwungen, ein Internat aufzusuchen. Dabei stellen vor allem die hohen Internatskosten eine finanzielle Hürde für den Lehrling dar, die es zu beseitigen gilt. Daher fordern wir, dass die Internatskosten vom Arbeitgeber und/oder von der öffentlichen Hand übernommen werden.*
- *Innerbetrieblich verläuft die Lehrzeit oft nicht optimal, da Lehrlinge nicht immer ausbildungsrelevante Tätigkeiten verrichten. Daher fordern wir eine Qualitätssicherung der Ausbildung während der Lehrzeit. Angelegt an ein Mentoringssystem soll das Verhältnis zwischen Ausbilder und Auszubildenden verbessert werden. Eine spezielle Schulung des Gesellen soll die Begleitung während der Lehrzeit optimieren und durch laufende Kontrollen sichergestellt werden. Weiterst fordern wir im Falle der Wiedereinführung des Praxistests, dass mindestens die Hälfte der Prämie an den Lehrling ausbezahlt werden muss.*

**Im Bereich der jungen Auszubildenden und Berufseinsteiger:**

- *Nur die wenigsten Menschen können heute in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes arbeiten bzw. ihre Ausbildung absolvieren. So groß auch die Vorteile einer vernetzten Wirtschaft und beruflicher Mobilität sind, bringen diese Entwicklungen finanzielle Belastungen für die einzelnen Arbeitnehmer bzw. Auszubildenden mit sich - die gerade junge Menschen besonders treffen. Um die Jugendlichen nicht aus unserem Land zu vertreiben, fordern wir einen Öko-Bonus: Wer nachweislich ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch nimmt, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, soll einen zusätzlichen Bonus bekommen. So schaffen wir einen weiteren Anreiz für den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Weiterst soll die Freifahrt für alle Auszubildenden vorhanden sein.*
- *Da dennoch viele Jugendliche gezwungen sind einen Job bzw. eine Ausbildung außerhalb des Burgenlandes anzunehmen, muss es Bemühungen und Interesse geben, die Pendlerinnen und Pendler am Ende des Tages in unsere Region zurück zu holen. Dabei sind die eigenen 4 Wände ein entscheidender Faktor, der sich im Leben junger Menschen als zunehmend teuer erweist. Leider ist es aber auch fast unvermeidlich den eigenen Wohnraum ohne Schulden zu gestalten. Daher fordern wir die Förderung von Jugendstartwohnungen mittels der Einführung von zinsfreien Darlehen vom Land Burgenland oder einen Mietkostenzuschuss für die erste eigene Wohnung.*

**Im Bereich der Weiterbildung fordern wir:**

- *Gerade in unserer schnelllebigen Arbeitswelt, ist es notwendig sich immer wieder weiterzubilden. In Großkonzernen gibt es hierfür regelmäßig betriebsinterne Seminare. Damit aber auch Angestellte in kleineren Betrieben diese Möglichkeit in Anspruch nehmen können, fordern wir flächendeckende Möglichkeiten zur kostenlosen Fort- und Weiterbildung.“*

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Petitionsforderungen und -begründungen des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (E 11) im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung einzuleiten, soweit diese im eigenen Wirkungsbereich des Landes gelegen sind.

Darüber hinaus gehende Forderungen der Petitionen sind an die jeweils zuständigen Stellen und Institutionen weiterzuleiten.

In weiterer Folge ist ein entsprechend zusammenfassender Bericht von der Landesregierung dem Präsidenten des Burgenländischen Landtages zu übermitteln, der die Information der Jugend-Abgeordneten zu gewährleisten hat.

Ebenso ist die gegenständliche EntschlieÙung nach Beschlussfassung im Landtag samt Abstimmungsergebnis allen Jugend-Abgeordneten zu übermitteln.

## Petition

### **des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Entlastung junger ArbeitnehmerInnen und in Ausbildung befindlicher Jugendlicher**

Uns Jugendabgeordneten ist es ein Anliegen die jungen Burgenländerinnen und Burgenländer in unserer Region zu halten, ihnen eine Perspektive für die Zukunft zu geben und sich somit für ein Leben im Burgenland zu entscheiden.

Ein wichtiger Faktor für Zukunftsentscheidungen ist das Thema „Ausbildung und Arbeit“.

Da burgenländische Jugendliche vor allem im Rahmen ihrer Ausbildung und beim Berufseinstieg mit Belastungen und Herausforderungen konfrontiert werden, fordern wir Verbesserungen in den nachfolgenden Punkten:

#### **Im Bereich der Lehrlinge:**

- Viele Jugendliche sind im Rahmen ihrer Ausbildung durch die Entfernung zur Berufsschule dazu gezwungen, ein Internat aufzusuchen. Dabei stellen vor allem die hohen Internatskosten eine finanzielle Hürde für den Lehrling dar, die es zu beseitigen gilt. Daher fordern wir, dass die Internatskosten vom Arbeitgeber und/oder von der öffentlichen Hand übernommen werden.
- Innerbetrieblich verläuft die Lehrzeit oft nicht optimal, da Lehrlinge nicht immer ausbildungsrelevante Tätigkeiten verrichten. Daher fordern wir eine Qualitätssicherung der Ausbildung während der Lehrzeit. Angelegt an ein Mentoringsystem soll das Verhältnis zwischen Ausbilder und Auszubildenden verbessert werden. Eine spezielle Schulung des Gesellen soll die Begleitung während der Lehrzeit optimieren und durch laufende Kontrollen sichergestellt werden. Weiterst fordern wir im Falle der Wiedereinführung des Praxistests, dass mindestens die Hälfte der Prämie an den Lehrling ausbezahlt werden muss.

#### **Im Bereich der jungen Auszubildenden und Berufseinsteiger:**

- Nur die wenigsten Menschen können heute in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes arbeiten bzw. ihre Ausbildung absolvieren. So groß auch die Vorteile einer vernetzten Wirtschaft und beruflicher Mobilität sind, bringen diese Entwicklungen finanzielle Belastungen für die einzelnen Arbeitnehmer bzw. Auszubildenden mit sich - die gerade junge Menschen besonders treffen. Um die Jugendlichen nicht aus unserem Land zu vertreiben, fordern wir einen Öko-Bonus: Wer nachweislich ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch nimmt, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, soll einen zusätzlichen Bonus bekommen. So schaffen wir einen weiteren Anreiz für den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Weiterst soll die Freifahrt für alle Auszubildenden vorhanden sein.
- Da dennoch viele Jugendliche gezwungen sind einen Job bzw. eine Ausbildung außerhalb des Burgenlandes anzunehmen, muss es Bemühungen und Interesse geben, die Pendlerinnen und Pendler am Ende des Tages in unsere Region zurück zu holen. Dabei sind die eigenen 4 Wände ein entscheidender Faktor, der sich im Leben junger Menschen als zunehmend teuer erweist. Leider ist es aber auch fast unvermeidlich den eigenen Wohnraum ohne Schulden zu gestalten. Daher fordern wir die Förderung von Jugendstartwohnungen mittels der Einführung von zinsfreien Darlehen vom Land Burgenland oder einen Mietkostenzuschuss für die erste eigene Wohnung.

#### **Im Bereich der Weiterbildung fordern wir:**

- Gerade in unserer schnelllebigen Arbeitswelt, ist es notwendig sich immer wieder weiterzubilden. In Großkonzernen gibt es hierfür regelmäßig betriebsinterne Seminare. Damit aber auch Angestellte in kleineren Betrieben diese Möglichkeit in Anspruch nehmen können, fordern wir flächendeckende Möglichkeiten zur kostenlosen Fort- und Weiterbildung.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

### **Bericht**

über die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der  
Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (E 12) und

### **Antrag**

des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-  
Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Zukunftsstrategien für das Energieland  
Burgenland (Zahl 20 - 150) (Beilage 244).

Der Petitionsausschuss hat die Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011  
betreffend der Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (E 12) in seiner 7.  
Sitzung am Mittwoch, dem 15. Juni 2011, beraten.

Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl einen  
EntschlieÙungsantrag zur vorliegenden Petition.

Der von der Landtagsabgeordneten Klaudia Friedl eingebrachte  
EntschlieÙungsantrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt daher der Petitionsausschuss den Antrag, der  
Landtag wolle dem angeschlossenen Antrag auf Fassung einer EntschlieÙung zur  
Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Zukunftsstrategien für  
das Energieland Burgenland die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Juni 2011

Die Berichterstatterin:  
Klaudia Friedl eh.

Der Obmann:  
Trummer eh.

## **Selbständiger Antrag**

**des Petitionsausschusses auf Fassung einer EntschlieÙung zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (E 12)**

### **EntschlieÙung**

**des Burgenländischen Landtages vom ..... zur Petition des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland**

Der Burgenländische Jugend-Landtag kann zu Recht als sehr erfolgreiche demokratiepolitische Institution im Burgenländischen Landtag bezeichnet werden, der eine neue Dimension der Jugendmitbestimmung unter dem Motto „Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten“ eröffnet hat.

Grundsätzlich ist zur eingebrachten Petition anzumerken, dass sich der Burgenländische Landtag bereits mit vielen Aspekten der angesprochenen Themenkreise auseinandergesetzt und dazu – erfreulicherweise in sehr hoher Übereinstimmung mit den Auffassungen des Jugend-Landtages – positioniert hat. Der Burgenländische Landtag unterstützt diese demokratisch gefassten Forderungen der burgenländischen Jugend mit folgendem Inhalt:

*„Aufgrund der derzeitigen Umweltsituation verschärft sich die Diskussion um erneuerbare Energien nicht nur im Burgenland. Auf diesem Sektor soll das Burgenland als Vorbild wirken. Die im Burgenland möglichen alternativen Energieproduktionsweisen müssen in den Mittelpunkt rücken, um raschest den Ausstieg aus der fossilen und nuklearen Stromerzeugung zu schaffen.“*

*Das Burgenland deckt jetzt schon 60% seines Strombedarfes aus Windparks. Auch die Förderung der Warmwasseraufbereitung mit Sonnenenergie beginnt langsam zu greifen. Jedoch wird der Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie viel zu wenig Aufmerksamkeit zuteil. Unsere 2000 Sonnenstunden pro Jahr könnten durch eine fokussierte Förderung der Photovoltaik zu zigtausend umweltfreundlich erzeugten KWh führen. Dadurch kann der Name „Sonnenland“ eine völlig neue Bedeutung erlangen.*

*Förderungsmaßnahmen von alternativen Energieanlagen sowohl bei Neubauten als auch bei Umbauten sind zu forcieren. Dies soll sowohl für öffentliche Einrichtungen als auch für private Gebäude und Betriebsstätten gelten. Durch diese alternativen Energieerzeugnisse kann das Land Burgenland einen wesentlichen Beitrag zu einem stromautarken Österreich leisten. Auch Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft müssen sich erheblich am Ausbau der Alternativenergien beteiligen. Entsprechende Förderungen seitens des Landes und des Bundes sind zur Verfügung zu stellen.*

*Durch nachhaltige, längerfristig verstärkte Förderungen der Erzeugung von Bio-Produkten sollen Jungbäuerinnen und Jungbauern bei der Übernahme und Umstellung ihres Betriebes unterstützt werden. Außerdem kann die Umwelt durch Schaffung der Rahmenbedingungen für Verkaufsstellen regionaler Bio-Produkte entlastet werden. Der Fokus soll auf den Ausbau des regionalen Marktes gesetzt werden. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist die Förderung des Anbaus von Energiewäldern und folglich der Produktion von „Hackschnitzeln“.*

*Auch wenn Österreich selber keine Atomenergie erzeugt, wird importierter Atomstrom unserem Netz beigemischt und dadurch in gewisser Weise gefördert, obwohl sich Österreich klar und deutlich für den Ausstieg aus der Atomenergie in der EU ausgesprochen hat! In Fukushima hat sich zum wiederholten Male gezeigt, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist. Daher muss Österreich alles daran setzen, dass die in unserer Nachbarschaft befindlichen Atommeiler umgehend abgeschaltet und eingemottet werden. Laufzeitverlängerung müssen in Brüssel verhindert werden. Die burgenländische Landesregierung wird ersucht, bestehende Bürgerinitiativen als auch die Bundesregierung in ihrem Kampf für ein atomenergiefreies Europa zu unterstützen und einen Ausstieg aus Euratom zu forcieren.“*

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Petitionsforderungen und -begründungen des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (E 12) im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung einzuleiten, soweit diese im eigenen Wirkungsbereich des Landes gelegen sind.

Darüber hinaus gehende Forderungen der Petitionen sind an die jeweils zuständigen Stellen und Institutionen weiterzuleiten.

In weiterer Folge ist ein entsprechend zusammenfassender Bericht von der Landesregierung dem Präsidenten des Burgenländischen Landtages zu übermitteln, der die Information der Jugend-Abgeordneten zu gewährleisten hat.

Ebenso ist die gegenständliche EntschlieÙung nach Beschlussfassung im Landtag samt Abstimmungsergebnis allen Jugend-Abgeordneten zu übermitteln.

**des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011 betreffend der Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland**

Aufgrund der derzeitigen Umweltsituation verschärft sich die Diskussion um erneuerbare Energien nicht nur im Burgenland. Auf diesem Sektor soll das Burgenland als Vorbild wirken. Die im Burgenland möglichen alternativen Energieproduktionsweisen müssen in den Mittelpunkt rücken, um raschest den Ausstieg aus der fossilen und nuklearen Stromerzeugung zu schaffen.

Das Burgenland deckt jetzt schon 60% seines Strombedarfes aus Windparks. Auch die Förderung der Warmwasseraufbereitung mit Sonnenenergie beginnt langsam zu greifen. Jedoch wird der Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie viel zu wenig Aufmerksamkeit zuteil. Unsere 2000 Sonnenstunden pro Jahr könnten durch eine fokussierte Förderung der Photovoltaik zu zigtausend umweltfreundlich erzeugten KWh führen. Dadurch kann der Name „Sonnenland“ eine völlig neue Bedeutung erlangen.

Förderungsmaßnahmen von alternativen Energieanlagen sowohl bei Neubauten als auch bei Umbauten sind zu forcieren. Dies soll sowohl für öffentliche Einrichtungen als auch für private Gebäude und Betriebsstätten gelten.

Durch diese alternativen Energieerzeugnisse kann das Land Burgenland einen wesentlichen Beitrag zu einem stromautarken Österreich leisten.

Auch Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft müssen sich erheblich am Ausbau der Alternativenenergien beteiligen. Entsprechende Förderungen seitens des Landes und des Bundes sind zur Verfügung zu stellen.

Durch nachhaltige, längerfristig verstärkte Förderungen der Erzeugung von Bio-Produkten sollen Jungbäuerinnen und Jungbauern bei der Übernahme und Umstellung ihres Betriebes unterstützt werden.

Außerdem kann die Umwelt durch Schaffung der Rahmenbedingungen für Verkaufsstellen regionaler Bio-Produkte entlastet werden. Der Fokus soll auf den Ausbau des regionalen Marktes gesetzt werden.

Ein weiteres wichtiges Kriterium ist die Förderung des Anbaus von Energiewäldern und folglich der Produktion von „Hackschnitzeln“.

Auch wenn Österreich selber keine Atomenergie erzeugt, wird importierter Atomstrom unserem Netz beigemischt und dadurch in gewisser Weise gefördert, obwohl sich Österreich klar und deutlich für den Ausstieg aus der Atomenergie in der EU ausgesprochen hat! In Fukushima hat sich zum wiederholten Male gezeigt, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist. Daher muss Österreich alles daran setzen, dass die in unserer Nachbarschaft befindlichen Atommeiler umgehend abgeschaltet und eingemottet werden. Laufzeitverlängerung müssen in Brüssel verhindert werden. Die burgenländische Landesregierung wird ersucht, bestehende Bürgerinitiativen als auch die Bundesregierung in ihrem Kampf für ein atomenergiefreies Europa zu unterstützen und einen Ausstieg aus Euratom zu forcieren.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln